

Bezugspreis:

Einzelhefte 50.— M., monatlich 10.— M.,
frei ins Haus, wozu zahlbar. Post-
bezugs: Monatlich 10.— M., einjährig 120.—
M., halbjährig 60.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16,50 M.,
für das übrige Ausland bei gleichem
einmal Postleistung 21,50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Dänemark, Schweden, Nor-
wegen, Holland, Belgien, Schottland,
Sachsen, Preußen, Bayern, Württemberg
und die Schweiz. — Eingetragene in
die Post-Zustellungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 151 90—151 97

Freitag, den 25. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 117 53—54

Einheitsfront und Putschgefahr.

Die neue Rede, die der Reichsaussenminister Dr. Simons gestern vor dem Reichswirtschaftsrat über die Pariser Beschlüsse und die bevorstehende Londoner Konferenz gehalten hat, war im allgemeinen nur eine Wiederholung seiner Reden im Reichstage, in Stuttgart und in Karlsruhe. Da die Sozialdemokratische Partei bereits in der Reichstagsdebatte ihr Einverständnis mit den Ausführungen Simons zum Ausdruck gebracht hat, erübrigt sich eine besondere Stellungnahme unsererseits zu dieser Kundgebung. Immerhin haben wir aus dem Munde des Ministers einiges Neues gehört, das einer besonderen Verzeichnung bedarf. So hat er u. a. etwas mitgeteilt, was bisher nicht in die Öffentlichkeit gedrungen war, nämlich daß bei der abschließenden Sitzung der Sachverständigenausschüsse eine Einigung über die Gegenvorschläge nicht erzielt werden konnte. Wenn auch Dr. Simons diese besonders überraschende und ernste Enthüllung sogleich mit einer optimistischen Wendung ergänzte, des Inhalts, daß die Anregungen der Sachverständigenausschüsse jedoch im engeren Kreise weiter verfolgt worden seien, und daß er nunmehr glaube, „in sich klare und für die deutsche Wirtschaft erträgliche Vorschläge machen zu können“, so ergibt sich doch daraus ganz unzweideutig die Tatsache, daß es eben innerhalb der zugezogenen Sachverständigenkreise tiefgehende Meinungsverschiedenheiten gibt, die bisher nicht überbrückt werden konnten.

Nur diejenigen, denen die schweren Kämpfe unbekannt geblieben sind, die sich namentlich in Spa hinter der Kulisse zwischen den Sachverständigen abgespielt haben, werden durch diese Mitteilung besonders überrascht gewesen sein. Es zeigt sich, daß diese schon damals zutagegetretenen Gegensätze bei der Ausarbeitung unserer jetzigen Gegenvorschläge wiederum in die Erscheinung treten. Und das ist um so weniger erstaunlich, als es sich dabei im Grunde genommen weniger um technische als um politische Divergenzen handelt. Zwei Tendenzen, ja zwei Weltanschauungen haben in Spa anlässlich einer verhältnismäßig minderwertigen Frage miteinander gerungen, und es hat nicht viel gefehlt, daß schon damals, wegen des zu liefernden Kohlenquantums, die Stinnes'sche Richtung, die „es darauf ankommen lassen“ wollte, die Oberhand behielt. Jetzt dürfte diese Richtung die Gelegenheit, eine Machtprobe zu veranstalten, um so mehr wahrnehmen, als es sich bei der Wiedergutmachungsfrage tatsächlich um außerordentlich tiefgehende Existenzfragen des deutschen Volkes dreht, und da sie glauben, in dem allgemeinen Proteststurm der ganzen deutschen Nation einschließlich der Arbeiterchaft eine günstige Atmosphäre für eine scharf ablehnende Haltung zu finden. So werden die aus der Erkenntnis der notwendigen Opfer und der realen Machtverhältnisse geborenen Gegenvorschläge der in Spa siegreichen verständigen Richtung von den Vertretern der unangenehmsten Richtung als zu weitgehend und unerfüllbar bekämpft.

Nicht umsonst haben wir am Dienstagabend in unserem Leitartikel „Preußenwahl und London“ die Regierung dringend davor gewarnt, wegen des Stimmengewinns der Deutschnationalen bei der Ausarbeitung ihrer Gegenvorschläge Konzessionen an die unentwegten Rein-Brüller zu machen. Wir wissen sehr wohl, daß man gerade auf der äußersten Rechten die bevorstehenden schicksalsschwangeren Verhandlungswochen zu einem großzügigen parteipolitischen Geschäft ausnützen will, das besonders blühen würde, wenn es zum Bruch mit allen seinen Folgen käme. Diesen Bruch herbeizuführen, zu provozieren, war bereits das zielbewusste Bestreben gewisser Kreise während Spa, und man braucht nur das besonders vorlaut und aufdringliche Auftreten gerade der Deutschnationalen seit der Bekanntgabe der Pariser Beschlüsse zu beobachten, um deutlich zu erkennen, daß die gleichen Kräfte heute mehr denn je in dieser Richtung am Werke sind.

In seiner einleitenden Ansprache hatte der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates Herr v. Braun erklärt, das ganze deutsche Volk sei zwar einig in der Ablehnung der Pariser Bedingungen, aber ebenso einig in seinem Entschluß, seine Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Wir wünschten, auch das letztere entspräche den Tatsachen. Aber — und es muß auch hierin ausgesprochen werden, was ist — es ist leider nicht wahr: Man frage nur die Herren Helfferich, Westarp, Wulle und tutti quanti, ob sie die Verpflichtung Deutschlands zur Vertragserfüllung und zur Wiedergutmachung anerkennen. Selbst im Rahmen des möglichen lehnen sie dies ab, und gerade mit Hilfe dieser gewissenlosen nationalstischen Agitationsparole haben sie bei den Reichstagswahlen im Juni und bei den Preußenwahlen jetzt ihren steigenden Stimmengewinn erzielt. Man höre daher auf, von einer Einheitsfront auch des guten Willens zu reden, die nicht besteht, und entschlüsse sich endlich, die Dinge

so anzusehen und so auszusprechen, wie sie sind: Es gibt in Deutschland Parteien, oder zumindest eine bestimmte Partei, mit der eine gemeinsame Front in den Fragen der auswärtigen Politik schon deshalb ausgeschlossen ist, weil sie auch berechnete Forderungen des Gegners grundsätzlich ablehnt. Diese Partei war früher das Unglück Deutschlands, indem sie es zum Kriege trieb, indem sie zum Verluste des Krieges beitrug, und sie ist weiter das Unglück Deutschlands, indem sie durch ihre Hege planmäßig jede noch so schwache Möglichkeit der Verständigung mit den Siegern zu hintertreiben versucht. Gerade im nationalen Interesse liegt es, daß die republikanischen Parteien und überhaupt alle, die einen Funken von Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volke besitzen, einen deutlichen Trennungsstrich zwischen sich und dieser pseudonationalen Partei ziehen.

Dies ist um so notwendiger, als plötzlich Gerüchte von Putschplänen à la Kapp auftauchen, die bezeichnenderweise sogar zu allererst in der offiziellen und stinneschen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verzeichnet worden sind. Dieser wird von einer nicht genannten Persönlichkeit, die im Wirtschaftsleben eine hervorragende Stellung einnimmt, unter mehr oder minder klaren Andeutungen geschrieben, daß die gegenwärtige Erregung die „Möglichkeit einer unüberlegten Handlung in sich birgt“. Es wird darin weiter von agents provocateurs, von einem „kleinen Kreis politisch kurzfristiger Phantasten“ und dergleichen gesprochen und vor einer „Wiederholung der Verhältnisse, wie sie im März 1920 zuerst von rechts, dann von links herbeigeführt wurden, eindringlich gewarnt. (Sollte die warnende Persönlichkeit gar Stinnes selbst sein, den die Kapp-Jünger eingeweicht hätten?) Jedenfalls liegt etwas in der Luft und Dr. Simons selbst hat es für erforderlich gehalten, „vor allem vor unbekannten politischen Abenteuern“ ebenfalls zu warnen. Das zeigt jedenfalls, wie nötig es ist, daß sich auch die Regierung endlich entschließt, allem Gerede von „Einheitsfront“ zum Troste das Licht zwischen sich und der äußersten Rechten gänzlich zu zerstreuen.

Die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

In seiner Beleuchtung der Pariser Beschlüsse sagte Außenminister Dr. Simons

weiter: Es ist nicht eine durchdachte, sondern von rasendem Optimismus eingegebene Idee, daß wir dauernd sechs Milliarden Goldmark aus unserem Ausfuhrüberschuß den Gegnern zur Verfügung stellen sollen. Nun ist aber unsere bisherige Geldwirtschaft nicht darauf aus, uns eine derartige Ausfuhr möglich zu machen, sondern im Gegenteil, schon jetzt macht sich überall das Bestreben geltend, unsere Ausfuhr zu unterbinden. Es ist nicht nur das ein klares Ergebnis des Pariser Friedensvertrages, der uns im Weltmarkt umwettbewerblich machen will, es ist auch das klare Ergebnis der Bestrebungen, das sich über all da zeigt, wo wir den normalen Handel aufnehmen wollen, daß überall Vorfälle getroffen sind, um die deutsche Konkurrenz, die durch den geringen Wert der deutschen Valuta zum Steigen gekommen ist, wieder zurückzudrängen. Wie paßt dazu das Verlangen, neben den sechs Milliarden Goldmark uns auch noch eine zwölfpromzentige Ausfuhrabgabe aufzuerlegen. (Sehr richtig!) Der deutsche Steuerzahler kann diese Verpflichtung nicht tragen, das müßte die deutsche Industrie tun die für den großen Export arbeitet, die wichtigste Quelle für den Wiederaufbau wird damit nicht nur behindert, der

Wiederaufbau wird vielmehr zum Erliegen gebracht.

Die Welle der Geschäftstrostlosigkeit, die sich in Amerika zeigt, wird auch uns erfassen. (Bewegung und Zustimmung.) Das ist die allgemeine Welttendenz, die dahin geht, die furchtbaren Kosten, die der Krieg allen auferlegt hat, durch Sparmaßnahmen wieder abzubürden. In dieser Zumutung liegt nichts weiter als der Wille, die deutsche Wirtschaft zugunsten der fremden Industrien zu zerrütten, wodurch dann allerdings auch die Wirtschaft dieser Länder selber zerrütet wird. (Sehr richtig!) Diese Fronarbeit würde sich herausstellen als eine Vernichtung des ehrlichen Handels und der ehrlichen Arbeit der ganzen Welt. (Beif. Zustimmung.) Im Art. 23 des Friedensvertrages verpflichten sich die Vertragsstaaten zu

angemessenen Arbeitsbedingungen

für Männer, Frauen und Kinder. (Hört! hört!) Auch von uns ist das unterzeichnet. Auch ist eine Lohnzahlung vorgelesen, die eine angemessene Lebensführung sichert. Mit diesen Methoden läßt sich das nicht erreichen! Aber die Kritik genügt nicht, wenn wir nach London kommen. Bei unseren

Gegenvorschlägen

müssen wir suchen, den Bedürfnissen unserer Gegner Genüge zu tun. Es handelt sich namentlich um das gewaltige Finanzbedürfnis Frankreichs. In der abschließenden Sitzung der Sachverständigen haben wir einstimmig in den Gegenvorschlägen nicht zu erzielen vermocht. Inzwischen haben wir aber die Anregungen des Sachver-

ständigenausschusses in engerem Kreise noch verfolgt und sind dahin gekommen, der Reichsregierung in sich tragbare und für die deutsche Wirtschaft erträglichere Vorschläge machen zu können, die

auch die Bedürfnisse der Gegner berücksichtigen

und praktisch ausführbar sind. Selbstverständlich werden wir unsere Gegenvorschläge nicht früher der Öffentlichkeit unterbreiten können, als sie unseren Gegnern vorliegen. Mehr als je habe ich seit meiner Reise im deutschen Südwesten erfahren, daß die Männer, mit denen ich verhandelt habe,

die Folgen eines Nein

genau vor sich sehen. Sie sind nicht nur geneigt, darüber nachzudenken, sondern auch, diese Folgen auf sich zu nehmen. (Beif.) Ich benutze die letzte Gelegenheit vor der deutschen Öffentlichkeit noch einmal, meiner festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß es gegen Verlog und Recht verstoßt, wenn eine Ablehnung überhaupt zu

Sanktionen

Ansatz geben würde. (Beif. Zustimmung.) Vorschläge sind dazu da, angenommen oder abgelehnt zu werden. Dieses Recht ist auch durch den Vertrag von Versailles berücksichtigt, wonach Reparationen oder Sanktionen erst in Frage kommen können, wenn festgestellt ist, daß wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen. Diese Verpflichtungen sind uns aber noch nicht einmal mitgeteilt worden in der Form, daß sie als Entschluß von uns anzusehen sind und ohne daß wir Gelegenheit hätten, sie zu prüfen. Die Herren von

drüben lassen sich jahrelang Zeit, um ihre Bedingungen zusammenzustellen, uns werden aber nur ein paar Tage gelassen, um Stellung dazu zu nehmen. (Sehr richtig!) Also, meine Herren, ich erkläre, meine Überzeugung geht dahin, daß Sanktionen noch nicht zu erwarten sind, wenn es nach Recht und Billigkeit geht. Aber andererseits erkläre ich, daß sich manche Anzeichen wahrnehmen lassen, daß eine Ablehnung der Vorschläge von Paris als Widerstandsakt Deutschlands aufgefaßt und zu Sanktionen führen wird. Dazu gehört die Verlängerung der Besetzung, die Nichtaufnahme in den Völkerbund, die Errichtung eines eigenen Zollgebietes in den besetzten Rheingebieten und weitere Besetzung deutscher Gebiete außerhalb des Rheinlandes. Die wirtschaftlichen Folgen sind schwer für die deutsche Wirtschaft, insbesondere infolge der Zerschneidung zusammenhängender Wirtschaftsgebiete oder Unterstellung deutschen Gebietes, das bisher frei war, unter fremde Herrschaft. Es kann nicht Aufgabe der deutschen Delegierten in London sein, den Eindruck zu erwecken, daß wir leichtfertig über diese Gefahr hinweggehen, sondern zu betonen, daß wir den guten Willen haben, mitzuarbeiten an den gemeinsamen Plänen des Wiederaufbaues. Aber es ist nicht menschlich, daß ein Volk den ganzen Schaden wiedergutmacht, der 27 anderen Völkern zugefallen ist. (Sehr richtig!) Man hat dem Friedensvertrag eine Form des Strafurteils gegeben. Wir hoffen aber, daß eine Zeit kommen wird, wo dieses Strafverfahren wieder aufgenommen wird, wo unsere Feinde einsehen werden, daß die Voransetzungen und Forderungen unrichtig, auch für unsere Feinde selbst schädlich sind. Die Grenzen des Möglichen gehen nicht annähernd so weit, wie unsere Gegner glauben. Es handelt sich hier um eine

gemeinsame Aufgabe der ganzen Kulturmenschheit.

Alle, die am Kriege beteiligt waren, ja selbst diejenigen, die nur Zuschauer waren, müssen mitarbeiten. Die Reparation ist nicht nur eine wirtschaftliche, sie ist eine geistige Aufgabe, die von einer neuen Auffassung des Verhältnisses zwischen den Völkern durchdrungen sein muß. Die Androhung von Sanktionen ist nicht die Form, in der wir die Welt von den Folgen des Krieges befreien können! (Sehr richtig!) Neben der Internationalität der Aufgabe liegt jetzt die besondere Aufgabe London gegenüber vor. Das deutsche Volk schickt seine Leute vor den Feind. Solange sie dort stehen, muß die Heimat geschlossen bleiben. Wir müssen unserer Politik und unserer Wirtschaft

eine Schonzeit

aufsetzen, damit wir nicht durch unerwartete und unüberlegte Streithandlungen in der Aktionslosigkeit gefaßt sind. Ich warne vor allem vor unbedachten politischen Abenteuern, wie sie noch von mancher Seite gehen werden. Diese Abenteuer wird sich keine Regierung leisten lassen. Ich werde das meine tun, jeden Versuch unumschüssig niederzuschlagen. Wir brauchen eine Zeit des Aufatmens für unsere Wirtschaft, eine Sicherheit dafür, daß uns die Gegner nicht selbst die Möglichkeit aufzuhaben schlagen, ihnen in den Grenzen des Möglichen für ihre Bedürfnisse beihilflich zu sein. Wenn der Reichswirtschaftsrat hier der Regierung Unterstützung leiht, so werde ich persönlich ihm von Herzen dankbar sein. (Beif. anhaltend Beifall und Handklopfen.)

Die Debatte.

v. Siemens: Zur Begleichung seiner Rechnung muß der Feind auf unsere Arbeitskraft zurückgreifen. Von unserer Produktion können wir aber nur den Überschuß abgeben, über das, was wir selbst hineinstecken. Die Werte, die einen großen Goldstrom nach Deutschland geleitet haben, durch den wir unsere Lebenshaltung steigern und die Ausgestaltung unserer großen Werke durchführen konnten, haben die Gegner in ihre eigenen Hände abgelenkt. Zur Erzielung eines Ueberschusses bleiben uns heute nur noch zwei Mittel: 1. Ersparnisse durch Beschränkung unseres eigenen Verbrauches und Herabdrückung unserer Lebenshaltung, 2. Erhöhte Produktion. Unsere Lebenshaltung hat bereits ein so tiefes Niveau erreicht, daß wir uns nicht noch weiter einschränken können. Es ist

Die Marienkapelle und der Hospital der berühmten italienischen Malerbrüder zu Florenz wurden durch ein Feuerbrandt zerstört.

Der 1-Mark-Straßenbahntarif abgelehnt!

Vorschläge zur Ertragssteigerung.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßte gestern den neuen Stadtschulrat Paulsen und begann dann sofort die zweite Sitzung des aus dem Ausschuss zurückkommenden Magistratsvorlages über die Erhöhung des Straßenbahntarifs. Zugleich wurden die vom Ausschuss gemachten Vorschläge zur Steigerung der Rentabilität des Straßenbahnunternehmens erörtert. Die Debatte ging, wie im Rathaus jetzt üblich, mehr in die Breite als in die Tiefe. Nach dreieinhalbständigem Reden konnte man endlich zur Abstimmung schreiten. Die Vorschläge zur Ertragssteigerung wurden größtenteils angenommen; abgelehnt wurde aber die vom Ausschuss empfohlene Revision des Tarifvertrages. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Demokraten, die bei der Aufbringung neuer Betriebsmittel wieder das Privatkapital beteiligen möchten. Infolgedessen stimmten die verärgerten Demokraten mit den rechtsstehenden Parteien gegen die Tarifierhöhung. Da hier die Kommunisten sich dem bürgerlichen Block anschlossen, so wurde die Tarifierhöhung abgelehnt. Einstweilen ist hiermit die Magistratsvorlage erledigt — bis zu ihrer Wiederkehr, die nicht lange auf sich warten lassen wird.

Sitzungsbericht.

Zu Beginn der heutigen Sitzung erfolgt die Einführung des Oberstadtschulrats Paulsen, der durch die Mitglieder Dr. Böhm (N.S.) und Frölich (Soz.) in den Saal geleitet wird. Oberbürgermeister Böhm begrüßt ihn mit einer Ansprache, in der es heißt: An der Stelle Ihres bisherigen Wirkens ist es gelungen, für die Ueberzeugung, daß neue Wege gegangen werden müssen, Erfolge zu erzielen und Anerkennung zu finden. Sehr viele erwarteten Sie hoffend und glückwünschend, andere widerstrebend und sorgend, alle mit höchstem Interesse. Große Aufgaben werden Ihnen gestellt werden, haben Sie sich selbst gestellt; ich wünsche Ihnen, daß Sie mit Tatkraft und im Bewußtsein der hohen Verantwortung sich an diese Aufgaben heranmachen, sich ihnen voll gewachsen zeigen und auch hier Erfolge erreichen werden. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß Ihre Arbeit in hohem Maße dazu beitragen möge, unsere Jugend zu kräftigen.

für die großen Aufgaben der Zukunft.

die einst das heute geknechtete, in Schmach und Elend seufzende Vaterland hinüberführen soll in eine Zeit, in der alle wieder jung und voll Licht und Sonne sein werden.

Auch Vorsteher Dr. Paul richtet an das neue Magistratsmitglied Worte der Begrüßung. Der Oberstadtschulrat werde die Mehrheit der Versammlung hinter sich haben, wenn er darauf ausgehe, im Schulwesen die Neuerungen einzuführen, die erforderlich sind, um die Kinder zu aufrechten, ihres Persönlichkeitswerts bewußten Menschen zu erziehen. Die Schulaufsicht habe die bisherigen Unterweisungen der Jugend abgestumpft, jetzt solle die Schule zu einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft umgewandelt werden. „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, wer die Zukunft hat, erbt schließlich die ganze Welt. Ihre sachlichen Gegner beschämen Sie durch die Tat!“ (Beifall.)

Ein Dringlichkeitsantrag von Koch (Deutschn.), sofort einen Ausschuss zur Prüfung der gesamten Geschäftsführung des Lebensmittelpersonals niederzusetzen, kann heute, da von links Widerspruch erhoben wird, nicht erledigt werden.

Zur Beratung gelangt zunächst die Vorlage wegen

Erhöhung des Straßenbahntarifs.

In Verbindung mit dem Bericht des Ausschusses, der zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Straßenbahnverwaltung eingesetzt ist, und mit dem Antrage der Kommunisten wegen Gewährung von Straßenbahnfreikarten an Schwerkrankenbeschädigte.

Ueber die gesamten Ausschussberatungen wird von dem Stadtschulrat (Soz.) ein umfassendes Referat erstattet. Die Tarifierhöhung hat der Ausschuss genehmigt, den Antrag Böhm abgelehnt. Zur Frage der Wirtschaftlichkeit hat der Ausschuss eine Reihe von Entschlüssen vorgebracht, worin die Ueberzeugung zum Aus-

druck gelangt, daß durch rationellere Arbeitsmethoden und durch systematische Erziehung der Angestellten und Arbeiter zum wirtschaftlichen Denken erhebliche Ersparnisse erzielt werden können, daß der Tarifvertrag der Revision bedarf, daß der durchgeführte Achtstundentag im Zusammenhang mit hygienischen Verbesserungen wieder voll durchzuführen ist, daß die Aufgaben der Betriebsräte auf die ihnen nach dem Gesetz zustehenden Befugnisse beschränkt werden müssen, daß die Reichsverkehrssteuer für die kommunalen Straßenbahnen befreit und weitere Herabsetzung der Stromkosten angestrebt werden muß, daß eine weitere Erhöhung der Tarife nicht zu vermeiden und eine umfassende Erneuerung der rückständig gewordenen Anlagen nicht mehr aufgeschoben ist.

Stadtschulrat Adler

beantwortet die Anfrage der Deutschnationalen vom 21. Januar 1921 betr. die Beurteilung der Straßenbahndirektion. Die Herren hätten zum Teil schon 1919 ausgesprochen wollen. Nach den gegen die Direktion am 29. November von rechts und links gerichteten Angriffen hätte sie, weil sie nicht mehr die notwendige Autorität besäße, um Entbehrung nachgeschaut. Die Untersuchung habe alle Vorwürfe entkräftet; die Herren Bülow, Meyer usw. hätten aber wiederum abgelehnt und so habe der Magistrat zwei neue provisorische Direktoren eingesetzt. — Uebergriffe der Betriebsräte seien in letzter Zeit nicht vorgekommen.

In der weitwichtigen Diskussion, der das Referat und eine Menge Änderungsanträge zugrunde liegen, plädiert Fabian (Deutschn.) für den Übergang zum gemischt-wirtschaftlichen System, das auch dem Privatkapital die Beteiligung erlaube, während Grunow (N.S.) die Schuld für den heruntergewirtschafteten Zustand der Bahnanlagen dem alten Konzessionsystem zuschreibt; die alte Direktion habe alles verkommen lassen und Berlin habe schließlich einen Teufelskreislauf übernehmen müssen. Die Betriebsräte hätten in den Ausschussberatungen gerade von den Vertretern des alten Systems ein glänzendes Zeugnis erhalten; nur der Generaldirektor Bülow habe ein ganz überstiegenes Autoritätsprinzip propagiert. Die Fraktion will den Antrag Böhm der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge als Material überweisen und nimmt den Tarif mit einigen Modifikationen an; den Vorschlag aus dem Ausschussantrage, der den Tarifvertrag, den Achtstundentag und die Betriebsräte betrifft, wollen sie streichen.

Oltrowski (Kom.) lehnt die Tarifierhöhung als unsozial ab und polemisiert gegen Fabian; das Zeitalter der Privat- und gemischten Betriebsweise sei vorbei. Die 4-500 Millionen zur Erneuerung der Anlagen müßten sofort beschafft werden.

Schwarz (D.D.P.): Die Tarifierhöhung ist durchaus möglich. Mit dem Tarif allein kann der Straßenbahn nicht geholfen werden, helfen kann nur das Kapital. Schuld an der verzweiferten Lage ist die Kommunalisierung.

Treffert (J.): Die Kommunalisierung kann doch nicht an allem schuld sein; man muß in der Kritik Licht und Schatten gerecht verteilen. Immerhin ist in letzter Zeit der Betrieb etwas besser geworden. Die Uebergriffe von Betriebsräten müssen unbedingt unmöglich gemacht werden; eben erst haben sie Arbeiter der Straßenreinigung ums Brot gebracht, nur weil diese christlich organisiert waren! Kinder vom 6.-10. Lebensjahre sollen nur die Hälfte der Fahrpreise zahlen; jedem Blinden muß Freifahrt gewährt werden.

Herrmann (Soz.): Wir stimmen für die Ausschussanträge, verwerfen aber denjenigen, der die Revision des Tarifvertrages verlangt; diesen Antrag soll man an die Tarifkommission verweisen. Wir sind mit dem verwerflichen Zustand, in dem wir das Unternehmen übernehmen mußten,

direkt irreführend worden.

Für die Verteilung einer guten Dividende hat die frühere Verwaltung stets gewissenhaft gesorgt, nicht so für die Erneuerung des Materials. Die erforderlichen 400-500 Millionen wird Herr Böhm schon beschaffen wissen, daß sie notwendig sind, dafür wird ihm ein Blick in die Hauptverkehrsstatistik genügen. Der Kredit Berlins kann auch unter den heutigen trüben Verhältnissen nicht ernstlich erschüttert werden; die falsche Vorstellung von den Kreditverhältnissen Berlins ist erst die Folge des Zetergeschreis der

Gegner, die jede weitere Kommunalisierung um jeden Preis verhindern wollen.

Dr. Michaelis (Dem.): Wir nehmen die Tarifierhöhung nur an, wenn die Ausschussentschlüsse einschließlich der Ziffer 4, die die Revision des Tarifvertrages in den Punkten der Bezahlung der Wochenfeiertage, des Krankentages, des Urlaubes, ferner die volle Durchführung des Achtstundentages und die Beschränkung der Aufgaben der Betriebsräte betrifft, angenommen werden. Heute fallen die Sozialdemokraten und die Unabhängigen um und verweigern diese entscheidende Ziffer 4. Woher soll Berlin die halbe Milliarde für die Erneuerung der Anlagen nehmen? Kann uns das der Oberbürgermeister sagen? Der Magistrat muß, wenn er es nicht bekommt,

einen Weg suchen zu einer Neuorganisation

des Unternehmens, die dem Privatkapital die Beteiligung ermöglicht. Das will unser Antrag. Hier aber sehen wir bei der Linken wieder das Streben nach einer Käsefabrik, nach einem System, welches die Betriebsräte zu Betriebsherren macht. Da tun wir nicht mit.

Hierauf wird um 9 Uhr ein Schlußantrag angenommen. In der Abstimmung gelangen die Ausschussanträge zur Frage der Wirtschaftlichkeit bis auf die Ziffer 4, die gegen die bürgerlichen Parteien abgelehnt wird, zur Annahme.

Der Antrag Michaelis wird abgelehnt.

Die Abstimmung über die Erhöhung des Fahrpreises von 80 Pf. auf 1 M. bleibt nach wiederholtem Handaufheben zweifelhaft; für die Erhöhung stimmen Sozialdemokraten und Unabhängige. Die Auszahlung ergibt die

Ablehnung mit 81 gegen 74 Stimmen.

(Große Bewegung.) Gegen die Fortsetzung der Abstimmung über Umsteigerpreise, Freifahrten usw. protestiert Dr. Steiniger (Dnat.); die Abstimmung darüber unterbleibt, die Vorlage gilt als gefallen. Ein Antrag des Ausschusses, daß der Magistrat prüfen soll, ob die Einführung eines Staffeltarifs angezeigt erscheint, findet eine Mehrheit. Abgelehnt wird dagegen ein Antrag Koch (Dnat.), den Magistrat zur Prüfung darüber zu veranlassen, ob die Straßenbahnen und andere noch lebende Betriebe in gemischt-wirtschaftliche umgewandelt werden können, und darüber Sachverständige zu hören.

Kurz vor 10 Uhr wird noch die neue

Luftverkehrssteuerordnung

in aller Eile ohne Erörterung nach dem Ausschussvorschlag verabschiedet.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen schließt die Sitzung gegen 10 Uhr.

Polizeistunde 11 Uhr ab Montag.

Die schon oft angekündigte Kürzung der Berliner Polizeistunde auf 11 Uhr abends ist, wie die P. V. N. von zuständiger Seite hören, nunmehr endgültig und unwiderruflich. Sie wird vom kommenden Montag an in Kraft treten.

Neue Strom- und Gaspreiserhöhung.

Eine neue Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität steht Berlin in kurzem bevor. Die durch die Annahme des Schiedsspruches für die städtischen Arbeiter sich ergebenden Mehrkosten belaufen sich auf etwa 2 1/2 Millionen Mark jährlich. Für die nicht dauernd Angestellten ergibt sich eine jährliche Mehrausgabe von 28 1/2 Millionen Mark, zusammen also etwa 31 Millionen Mark jährlich. Die schwebende Schuld des laufenden Rechnungsjahres erhöht sich somit um weitere ungedeckt bleibende 60 Millionen. Zur Deckung der vom 1. April 1921 ab entstehenden Mehrkosten ist eine weitere Erhöhung der Werkstarife in Aussicht genommen, und zwar wird vorgeschlagen,

den Preis für 1 Kubikmeter Gas um 10 Pf.

1 Kilowatt-Stunde Lichtstrom um 30 Pf.

1 Kilowatt-Stunde Kraftstrom für Kleinabnehmer um 30 Pf.

zu erhöhen. Der Magistrat hat nunmehr die Stadtverordnetenversammlung ersucht, sich mit dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Februar 1921 einverstanden zu erklären und der Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität nach dem vom Magistrat gemachten Vorschlag zuzustimmen.

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexé.

1. Morgen im Eisternneß.

Der große Klaus schlängte in seinem Stand fleißig und mit viel Lärm das Futter in sich hinein. Er hatte eine eigentümliche Art zu fressen; so gut auch Lars Peter die Körner mit dem Häcksel vermengte, der große Klaus brachte es immer fertig, sie herauszuwickeln. Zuerst fraß er die Krippe halbleer — um in sich einen Grund zu legen. Dann war Platz zum Zupacken; er schob das Ganze in der Mitte der Krippe zusammen, schnaubte stöhnend durch die Röhren, daß der Häcksel nach den Seiten flog, und suchte mit seinem weichen Maul die Körner heraus. Hatte er alle Körner gefressen, so scharrte er wiehern auf dem Steinpflaster.

Stine lachte. „Er bittet um mehr Zucker drauß“, sagte sie. „Genau wie Paul, wenn er seinen Brei essen soll; der scharrt auch von oben weg.“

Aber Lars Peter brummte. „Friß du nur auf, du vierediges Gespinnst“, sagte er. „Die Zeiten sind nicht danach, den Belag abzuschlecken und das Brot wegzumwerfen.“

Der große Klaus antwortete mit einschmeichelndem Wiehern, das kein Ende nehmen wollte.

Endlich erhob sich Lars Peter, ging hin und schob den Häcksel in der Mitte der Krippe zusammen. „Da friß, du Quertopf!“ sagte er und verfehlte dem Gaul einen Klaps übers Kreuz. Der große Klaus tauchte das Maul hinab, roch und wandte dann den Kopf Lars Peter zu; es sah genau so aus, als wollte er sagen: was ist denn heute mit dir los? Es blieb nichts anderes übrig, Lars Peter mußte eine Handvoll Hafer nehmen und unter den Häcksel mischen. „Aber jetzt keine Pöffen mehr!“ sagte er und ließ seine große Hand auf den Rücken des Gauls fallen. Diesmal fraß das Pferd alles auf.

Lars Peter setzte sich wieder unter die Laterne.

„Der große Klaus ist so klug“, sagte Stine, „er weiß genau, wie weit er's treiben darf. Aber wäherlich ist er nun mal.“

„Ich will dir etwas sagen: er weiß, daß wir eine weite Fahrt vorhaben; da hält er es für das richtigste, gut vorzujorgen“, antwortete Lars Peter entschuldigend. „Er ist ein kluger Bursche!“

„Aber so durchtrieben wie Vater Pirs ist er doch nicht“, sagte Stine wichtig — „denn der macht selber die Tür zur

Speisekammer auf. Ich konnte nicht verstehen, wie er hineingekommen war und von der Milch getrunken hatte; ich glaubte, der kleine Paul habe die Tür hinter sich offen gelassen — und wollte ihm schon deswegen eins auswichen. Aber gestern kam ich hinter die Schliche unseres Vaters. Kamst du die denken, wie er's anfangt? Er sprang auf den Spültisch, und von da kletterte er zur Speisekammer hinüber und schlug die Klinke mit der Pfote nieder. Dann konnte er die Tür ganz leicht vom Fußboden aus auftragen.“

Sie saßen unter der Laterne, die von einem der Balken herabhängte, und fortsetzten Lappen. Rings um sie herum lagen die Pumpen in grohen Haufen, wolle für sich, leinere für sich und baumwollne für sich. Es war noch finstere, kalte Nacht, aber hier drinnen war es gemütlich. Der große Klaus arbeitete wie eine Dreschmaschine, um satt zu werden, die Kuh lag und schnaubte beim Wiederkäuen vor Behagen weit vor sich hin, während die Hühner drüben in ihrem Verschlag im Schlaf leise vor sich hin gackerten. Das neue Ferkel träumte gewiß von der Muttermilch — von Zeit zu Zeit hörten sie einen Quitschlaut. Es war der Mutter erst vor ein paar Tagen weggenommen worden.

„Ist das Wolle?“ fragte Stine und hielt Lars Peter einen großen Lappen hin.

Lars Peter befühlte ihn lange prüfend, zog dann einen Faden heraus und hielt ihn in die Flamme der Laterne. „Wolle muß es ja sein“, sagte er endlich, „denn es schmilzt und riecht nach Horn. Aber der Henker mag wissen.“ — nachdenklich befühlte er den Lappen nochmals. „Vielleicht ist das so ein moderner Schwindel; man sagt ja, daß die Leute jetzt bestimmte Pflanzen so verarbeiten können, daß sie nicht von Wolle zu unterscheiden sind. Und Seide wird aus Glas hergestellt, so behauptet man.“

Stine sprang rasch auf und öffnete die Scheuntür. Sie lautete hinaus; dann verschwand sie über den Hof. Bald darauf war sie wieder zurück.

„Stimmte was mit den Kindern nicht?“ fragte Lars Peter.

„Ach, der kleine Paul weinte bloß; er hat ein Bedürfnis gehabt. Jetzt, wo man ihn mal an Reinlichkeit gewöhnt hat, muß man aufpassen. Läst man das Unheil erst wieder einreihen, so wird's nie was mit ihm.“ Stine sah mit erfahrener Ausdruck vor sich hin.

Lars Peter nickte. „Das hast du wirklich gut gemacht, daß du ihm Ordnung beigebracht hast“, sagte er mit rückhalt-

loser Bewunderung in der Stimme — „ich begreife bloß nicht, wie du's angefangen hast! Denn Mutter hat nichts bei ihm erreicht.“

„O, wenn man nur will — und nicht locker läßt; so ein Kind muß sich dazwischen finden. Am schlimmsten ist es in der Nacht, wenn's dunkel und eiskalt ist. Dann denkt man: Ach, nun liegt ich so schön und mag wirklich nicht aufstehen, er wird sich bis morgen früh schon helfen. Aber das darf man eben nicht, denn dann — Wie kann man Seide aus Glas herstellen?“ fragte sie plötzlich — „Glas ist doch so spröde!“

„Ja, das ist die neuartige Seide auch, also deswegen könnte es schon passen. Man sieht es ja hier: wenn nur ein Faden Seide dazwischen ist, ist er fast immer gebrochen.“

„Und was für wunderliches Zeug ist denn Glas?“

„Ja, was ist das — wer das bloß sagen könnte! Mit Eis kann es ja nicht verwandt sein, weil es hart bleibt, auch wenn die Sonne darauf scheint. Vielleicht — nein, ich wag' den Versuch nicht, es dir zu erklären. Es ist doch jämmerlich, daß man nichts Ordentliches gelernt hat; und sich die Dinge auf eigene Faust zurechtzulegen, dazu ist man nicht schlau genug.“

„Kann das denn jemand?“

„Ja, das muß doch sein; wie sollte sonst der erste die Sache herausgefunden haben — wenn er nicht zuerst den Einfall gehabt hat. Früher hab' ich auch immer gefragt und hab' mir Gedanken über alles gemacht; aber ich hab's aufgegeben, denn man kriegt ja doch keinen Bescheid. Das mit Mutter kann einem wohl auch das Dasein verleidern.“ Lars Peter seufzte.

Stine beugte sich über die Arbeit hinab. Nun geriet die Unterhaltung auf Abwege, da war es ebenförmig zu schweigen. Der große Klaus war gewiß endlich satt — er hatte seine eigne lustige Art, es zu äußern.

„Willst du wohl anständig sein, du Windschluder!“ rief Lars Peter. „Du vergißt ganz, daß du Gasse hast.“

Stine lachte. Kurz darauf sagte sie: „Ja, aber warum sollen die Tiere nicht ebenförmig lernen, anständig und artig zu sein, wie wir?“

„Gewiß, weil sie's nicht lernen können“, erwiderte Lars Peter nachdenklich. „Es ist hier in der Welt wohl so, daß ein jeder Lehre annehmen und leisten soll — so gut er's vermag. Uebrigens sind die Tiere oft ordentlicher als wir Menschen, man soll' sich häufig ein Beispiel an ihnen nehmen.“

(Fortf. folgt.)

Der Aufmarschplan der Orgesch.

Kassel, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Verlesung des Klingmüllerschen Materials wird fortgesetzt. Darunter ist auch eine Liste von Personen, die im Falle einer roten Aktion verhaftet werden sollten, darunter sind Staatsanwälte, Richter, Reichswehroffiziere usw. Klingmüller erklärt, diese Liste nicht zu kennen.

Es wird sodann

das Schriftstück des Korps Lichtschlag

aus dem Jahr 1919 verlesen. Dr. Wolff: So wurde recht gerichtet, obwohl in Deutschland schon Ruhe herrschte. Staatsanwalt: Ruhe? Wir standen vor einer neuen Revolution!

Auf die Frage des Verteidigers erklärt ein Beiführer: Diese Demonstrationen seien die Folge des Rührwunsches Scheidemanns gewesen und des Versailler Friedensvertrages (in Wahrheit waren es reine Feuerungsunruhen. Ann. d. Red.)

Auch Originalbefehle der Reichswehr aus der Zeit nach dem Rapp-Busch zum Kampf „gegen den inneren Feind“ sind bei Klingmüller gefunden worden, die geheim gewesen sind und auf irgendeine Weise in den Besitz der V.R.D. gelangt sein müssen, worüber der Beiführer Oberleutnant der Reichswehr ganz entsetzt ist.

Auch Klingmüller behauptet von dem ihn besonders belastenden Schriftstück, es sei Spiegelschrift, das ihm kurz vor dem Röhner-Busch übergeben worden sei. Der Staatsanwalt hält den Röhner und Belterer-Busch nicht für Spiegelschrift, sondern es sei eben in Röhren und Belterer verpackt worden, den Busch abzulassen und der deshalb im übrigen Reich nicht stattfand, weil die Röhren von den Besatzungen wurden. Klingmüller ist wegen einer politischen Schleicherei im Januar 1919 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und amnestiert worden.

Es wird sodann in die Verlesung des aus dem Material Klingmüllers angeblich verschwundenen

Aufmarschplanes der Orgesch gegen Frankreich

getreten. Die Verteidigung bittet mit Rücksicht auf die Reichsinteressen, die auf dem Spiele stehen, da im Falle eines Scheiterns die öffentliche Meinung auszuweichen. Die Staatsanwaltschaft ist für Verleumdung der Öffentlichkeit. Das Gericht beschließt Öffentlichkeit, um das Ansehen Deutschlands gegenüber der Entente nicht zu gefährden.

Der Staatsanwalt beantragt ein Flugblatt zur Verlesung der Reichswehr zu verlesen, das seinerzeit in Westfalen verbreitet wurde, allerdings nicht von dem Angeklagten. Ich habe nachweisen können, daß aus diesen Flugblättern derselbe Geist wie aus der „Roten Fahne“ spricht.

Das Gericht lehnt die Verlesung ab.

Dr. Wolff: Die Verteidigung steht auf einem anderen Standpunkt als der Anwaltschaft. Sie hält es für unbedingt notwendig, daß Klingmüller sich über den gefundenen Orgesch-Plan äußert.

Klingmüller erzählt auf Befragen der Verteidigung folgendes: Ich erhielt das Material, das vom November 1920 datiert war, im November durch eine dritte Person, von einem Mann, der der Spitzelzentrale in Münster

angehörte hatte und entlassen worden war. Das Schriftstück trug den eingestempelten Stempel: Nachrichtenstelle des Kreiswehrkommandos 2; unterzeichnet war es von dem General Herlich. Es war als streng vertraulich und geheim bezeichnet. Der Inhalt war, daß verschiedene Reichswehroffiziere mit General Watter und Eschrich eine Sitzung hatten. In dieser sei man sich darüber klar geworden, daß den Forderungen der Entente ein altes Wein entgegengekehrt werden müsse, selbst wenn es darüber zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit Frankreich kommen sollte. Für diesen Fall waren dann spezialisierte Verbände vorhanden, nach denen die einzelnen Regimenter im Ernstfall marschieren sollten, außerdem waren die Freikorps Lichtschlag, Schutz usw. genannt, die in das Ruhrgebiet hineingeschmuggelt werden sollten. Bageri sollte den ersten Schlag führen. Dabei waren zwei Pläne, aus denen hervorging, daß man erwartete, daß sich die Franzosen nach dem ersten Schlag in die Bogenen zurückziehen würden, bis sie Verstärkung erhielten. Auf dem einen Plan waren die regulären Truppen blau, die Orgesch grün eingezeichnet. In den Richtlinien stand, daß man hoffe, die Wehrleistungslogikdemokratie für einen solchen Plan zu gewinnen. (1)

Das Gericht erklärt die ganze Sache für diesen Prozeß als nicht von Belang. Auch sei es überaus merkwürdig, daß Klingmüller von November an diesen Plan in seinem Besitz gehabt haben sollte, ohne ihn zu bemerken.

Dr. Wolff: Ich bitte nachzuforschen, wie dieser Plan fortgekommen sein kann, denn es zeigt sich, daß Material fortgekommen ist, daß auch Material hinzugekommen sein kann.

Es kommt dann wieder zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Staatsanwalt und Verteidigung. Klingmüller, über seine Tätigkeit befragt, erklärt, wie er heimlich an Orgesch-Besammlungen teilgenommen und wie er dann sein Material der Presse zur Verwertung gegeben habe. Der Staatsanwalt bezeichnet es als einen Skandal, daß sich die Presse von solchem Material nährt, daran gehe unser Volk zugrunde. Die Verteidigung verbittet sich solche

Neuerungen eines deutschnationalen Temperamentes,

worauf der Vorsitzende droht, die Sitzung aufzuheben, wenn das Gespräch zwischen rechts und links, also zwischen Staatsanwalt und Verteidigung, nicht aufhört. Es wird sodann der Angeklagte Kister vernommen. Das bei ihm beschlagnahmte Material ist so spärlich, daß das Gericht aus eigener Initiative, trotz des Protestes des Staatsanwaltes, Haftentlassung ausspricht. Nächste Verhandlung Freitag.

Versuche rein wissenschaftlicher Art den Laboratorien der Versuchsanstalten übertragen werden. Um unnützes und kostspieliges Parallelarbeiten zu vermeiden, sollen künftig Druckdriftungen über die Techniken der Lehmbaumweise nicht mehr von den einzelnen Beratungsstellen herausgegeben werden, dagegen ist eine einheitliche Bearbeitung durch das Preussische Wohlfahrtsministerium, das als oberste Baupolizeibehörde für die Prüfung des Verfahrens zuständig ist, im Zusammenhange mit den Leitern der Beratungsstellen beabsichtigt. Auch wird durch das Wohlfahrtsministerium voraussichtlich eine vorläufige amtliche Berichterstattung über die Bewährung der Lehmbaumweisen erfolgen.

Gerichtszeitung.

Ein Mordprozeß aus der Kappzeit.

Freispruch gegen den Antrag des Staatsanwaltes.

Die vor dem Schwurgericht des Landgerichts II geführte Verhandlung gegen den Regierungsbaumeister Schüh wegen der Erschießung des Heizers Paul Weigelt in der Kattenhofstraße zu Groß-Lichterfelde konnte gestern erst kurz vor 1 Uhr fortgesetzt werden. Bis dahin hatte sich der Lokalturm in Lichterfelde ausgedehnt.

Geh. Medizinalrat Dr. Tiffner, der die Obduktion des Getöteten vorgenommen hat, berichtete über die Lage der beiden Stirnhirnhäuten. Wenn gestern ein Zeuge der Überzeugung Ausdruck gegeben habe, daß dem Weigelt mit Stuhlbeinen zunächst der Schädel eingeschlagen und er dann durch die Schüsse todschlagend sei, so müsse diese Vermutung entschieden zurückgewiesen werden. Von einem Schädelbruch sei keine Rede. — Der Schießfachverständige Baratta kam vom schietechischen Standpunkt zu dem Schluß, daß der objektive Befund in keinem Widerspruch stehe mit der Darstellung, die der Angeklagte von der Tat gegeben, in der die Schüsse abgegeben worden seien. — Nach Schluß der Beweisaufnahme plädierte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann auf Schuldig im Sinne der Anklage. Der Angeklagte müsse wegen Totschlages verurteilt werden.

unter Zustimmung mildernder Umstände, weil seine Tat aus der Stimmung heraus erwachsen sei, seinen bedrängten Kameraden zu Hilfe zu eilen. Nebenbei müsse auch die Schuldfrage wegen Waffengebrauches beachtet werden. — Rechtsanwält Dr. Johann erklärte es demgegenüber für unbegründet, daß bei der vorliegenden Sachlage von der Militärbehörde überhaupt eine Anklage erhoben werden konnte. Sein Klient bedauere von Herzen, daß ein Mensch von ihm getötet worden, der an sich keine böse Wille gehabt habe, aber er habe in seinem bittenden Dienst lediglich seine Pflicht getan. Dieser Mann, der von allen Seiten als ein außerordentlich verständiger, ruhiger und besonnener Mann geschildert wird, habe sich freiwillig in den Dienst des Vaterlandes gestellt, um die Angriffe gegen die Regierung abzuwehren und die Bürgerpflicht zu schützen. Und dieser Mann habe sich nun schon zum zweitenmal dagegen zu wehren, daß er als gewöhnlicher Totschläger behandelt werden soll.

Der Angeklagte gab nochmals seinem tiefsten Bedauern Ausdruck, daß er in Ausführung seiner militärischen Pflicht einem Menschen zum Tode gebracht habe. — Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

Das Konfessionsrecht der Beamten.

Eine Angelegenheit, die noch weitere Kreise ziehen dürfte, hat kürzlich in einer Verhandlung vor dem Oberkirchenrat als Berufungsinstanz ihren vorläufigen Abschluß gefunden. — Der erscheidende Sekretär der Stadtkirche Karl Gerth war im Wege des Disziplinarverfahrens vor dem Konsistorium der Mark Brandenburg angeklagt, sich durch kein Verbot außer dem Umkle der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, welches sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt zu haben. Gerth sollte sich, wie die Anklage behauptet, „unbotmäßig“ verhalten haben, indem er in Eingaben an den geschäftsführenden Ausschuß der Berliner Stadtkirche, die er in seiner Eigenschaft als Obmann des Beamtenausschusses unterzeichnet hatte, „Forderungen“ gestellt habe, die als „respektlos“ anzusehen seien. Ferner sollte eine Unbotmäßigkeit darin bestehen, daß er dem wegen ständiger Verletzungen inzwischen entlassenen Bureaudirektor Dohme „selbstherrliches Regiment und Autorität“ vorgeworfen habe. Das Konsistorium lehnte den Antrag des Verteidigers, doch zunächst über die Beschuldigungen gegen Dohme, Zeugnisse zu vernahmen, ab, erkannte gegen Gerth auf Amtsenthebung und sprach ihm das Ruhegehalt aus nur auf 3 Jahre zu. Hiergegen legte Rechtsanwält Dr. A. Abraham Berufung ein und machte vor dem Oberkirchenrat geltend, daß das Urteil eine Verletzung der Konfessionsfreiheit bedeute, weil der Angeklagte nur in seiner Eigenschaft als Obmann des Beamtenausschusses und außerdem aus rein überlieferten Motiven gehandelt habe. Die Anwendung des veralteten Disziplinargesetzes für Kirchenbeamte vom Jahre 1886 gegen den Angeklagten, der sich 22 Jahre dienstlich einwandfrei geführt habe, widerspreche der Reichsverfassung, weil nach Artikel 129 der Reichsverfassung nur solche Disziplinarergesse gültig seien, welche die Möglichkeit einer Wiederaufnahme kennen. Dies sei bei dem Gesetz von 1886 nicht der Fall. Besonders bedenklich müsse auch die Feststellung des Konsistoriums wirken, daß Gerth unbotmäßig gehandelt habe, weil er den Unterstaatssekretär Dr. Baage vom Kultusministerium in der Angelegenheit aufgesucht habe. — Der Oberkirchenrat hat die Berufung zurückgewiesen. Obwohl die langjährigen guten Dienste und die nicht unehrenhaften Motive anerkannt wurden, sei doch das Verhalten des G. geeignet, die Stellung der Stadtkirche und des Bureaudirektors Dohme zu erschüttern und „verleidend“ zu wirken. Der Artikel 129 der Reichsverfassung beziehe sich nicht auf Kirchenbeamte und stehe nur Grundrechte auf, nicht bereits feststehende Rechte, so daß das Disziplinargesetz von 1886 Anwendung finden müsse.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein landwirtschaftlicher Maschinen- und Gerätemagazin findet seit Ende des „Landwirtschaftlichen Wochens“ vom 24. Februar bis 6. März d. J. im Romanischen Hofgebäude (ehemaliges Volkshaus), Post. 1107112, statt. Räumliche Räume haben mit reichhaltigen Ausstellungen die Ausstellung zu besuchen; es empfiehlt sich daher für jeden Interessenten, die Ausstellung zu besuchen.

In den Kleiderwecken Voss, Gehr, alleinige Verkaufsstelle in der Chausseestraße 20/21, sind nunmehr die Schöpfungen der neuesten Frühjahrsmode fertig gestellt worden. Die Mechanisierung erfolgt in feinsten Handarbeiten; das fertige Kleidungsstück ruht in den eigenen Kleiderwecken nach neuesten Modellen. Preis sehr billiges Festst.

Prozeß Sonnenfeld und Genossen

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Nach längerer Beratung verurteilt der Vorsitzende den Beschluß, daß der Ablehnungsantrag Hermann Sonnenfelds gegen den Gerichtsarzt Dr. Bürger abgelehnt werde, da kein Anlaß vorliege, der Unparteilichkeit Dr. Bürgers zu misstrauen. Die vorgebrachten Tatsachen seien nicht von solcher Erheblichkeit, daß man auf eine Befangenheit des Dr. Bürger als Sachverständigen schließen könne.

Hierauf werden mehrere Zeugen über die von Ernst Sonnenfeld angeblich entwendeten Papiere vernommen. Zeuge Fritz Hent, Schwiegersohn Scheidemanns, bezeugt u. a., daß es richtig sei, daß häufig Schriftstücke in dem Bureau von Starg in der Regentienstraße herumgelegen hätten, aber immer nur die laufenden Sachen, wichtigere Urkunden nicht. Ähnliches sagt der aus der Haft vorgeführte Sekretär Theodor Sommer, seinerzeit in der Arbeiterbewegung tätig gewesen. Der frühere Intendanturleutnant Fritz Rohwig macht die gleichen Angaben. Der Vorsitzende richtet an ihn eine Frage bezüglich der 500 Mark monatlicher Bezahlung von Starg. Der Staatsanwalt bittet, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß er seine Aussagen verweigern könne, da der Verdacht der Falschheit vorliege. Zeuge: Bei der Aufstellung der Freiwilligen war den Beamten freigestellt, dort gegen Bezahlung tätig zu sein. Ich habe schon vor der Revolution die Erlaubnis, eine Nebenbeschäftigung zu übernehmen, weil ich mit den 200 M. Gehalt mit meiner Familie nicht leben konnte.

Vorl.: Eigentlich ist aber, daß die Bezahlung gerade von einer mit der Rechnungsaufstellung, mit der Sie dienstlich zu tun hatten, in Beziehung stehenden Seite erfolgte. Zeuge: Ich hatte nur Herrn Sonnenfeld dabei zu helfen und ihn zu beraten. Mit der tatsächlichen Prüfung, ob die Forderungen berechnigt waren, hatte ich nichts zu tun, sondern nur festzustellen, ob richtig gerechnet wurde und die Belege vorhanden sind. (Auf weiteres Befragen:) Es sind Herrn Sonnenfeld einige Belege offiziell zurückgeschickt worden. Eines Tages kam er und verlangte die Herausgabe der Belege von der Intendantur. Ich sagte aber, ich könnte das nicht machen. Vorl.: Wäre es doch möglich, daß Sie ihm privat einige Belege herausgegeben haben? Zeuge (nach längerem Bedenken): Ich kann es nicht sagen. Vorl.: Ist es möglich? Zeuge: Möglich, ja. — Als Sachverständiger erklärt Oberintendanturleutnant Dillmann vom Reichsministerium des Innern, es sei auf Mahnung allerdings ein schickes Licht gefallen. Daß er Nebenbeschäftigung hatte, war bekannt. Mahnung hätte nach der Anweisung des Ministeriums, die allerdings nicht sehr klar war, annehmen können, daß er nur rechtmäßig die Belege zu prüfen habe.

Es wird dann die Anklage wegen Betruges gegenüber der Versicherungsgesellschaft „Nordstern“ verhandelt. Angeklagter v. Frankenberg war Geschäftsführer der Markfelder Rüstung und Herr Starg sah die Sendungen ausländischer Lebensmittel bei „Nordstern“ für den Transport verlieren. Ernst Sonnenfeld, v. Frankenberg und Hent ließen sich von der Gesellschaft Provisionen auszahlen. Es wird nun den beiden zur Last gelegt, der Gesellschaft verschwiegen zu haben, daß sie Provisionen seien. Die Angeklagten bestritten jede Schuld. Provision würde für jeden Versicherungsabschluß gezahlt, und wenn nicht sie, so hätte eben jemand anders die Provision erhalten. Ernst Sonnenfeld ist übrigens wegen dieser Sache nicht ausgeliefert. — Freitag Fortsetzung.

Wirtschaft

Bekämpfung der Kinderpest.

Von Osten ist über Südrussland bereits nach einigen Ländern Europas eine Tierseuche vorgebrochen, die Kinderpest. Nur dank der ganz außerordentlich getroffenen Maßnahmen gelang es bisher, die Verbreitung der Seuche zu verhindern. Begünstigt wurde dies durch den Winter, in welchem ja das Vieh durch den Stallaufenthalt sich nicht gegenseitig infizieren kann. Die Gefahr wächst natürlich im Frühjahr mit dem Bezug der gemeinsamen Weiden und Tränken.

Dies ist für die stauische Regierung Veranlassung gewesen, nach Romo einen Konkrete von Hochschulen einzuberufen, damit die Arbeiten zur Bekämpfung der Seuche in Gana kommen. Es soll ein gemeinsamer Plan zur Bekämpfung der Kinderpest ausgearbeitet werden, wobei die Mittel Berücksichtigung finden müssen, die schon früher in Westeuropa zur Bekämpfung der Kinderpest angewandt wurden, wie Isolierung und strenge Quarantäne, besonders aber auch die Antipestimpfungen. Der bekannte Spezialist für die Antipestern und Impfstoffe, Professor Gogelis, der jahrelang in Sournobal in Transkaukasien auf einer Antipeststation gearbeitet hat und noch zuletzt bei der Bekämpfung der Kinderpest an der Wolga im Jahre 1919/20 tätig mitwirkte, ist nach Rtauen zurückgekehrt und hat dort die Leitung der Arbeiten und ihre Organisation in die Hand genommen.

Förderung des Realkredits für den Kleinwohnungsbau.

Auf Anregung des Staatskommissars für das Wohnungswesen waren im Jahre 1919 durch eine Reihe von Hypothekenbanken 50 Millionen Mark für erst- und zweitklassige Hypotheken zu besonders günstigen Bedingungen bis 1. Juli 1920 zur Verfügung gestellt. Auf erneute Anregung des preussischen Ministers für Volkswirtschaft werden die an diesem Abkommen beteiligten Hypothekenbanken dem Kleinwohnungsbau auch weiterhin ihre besondere Unterstützung gewähren. Die Banken haben zugesagt, die vorkommenden Belehungsanträge mit dem größten Entgegenkommen zu bearbeiten und den Stellungsgesellschaften usw. besonders günstige Bedingungen zu gewähren. Es wird jedoch nicht wie bisher ein begrenzter Betrag zu feststehenden Vorzugsbedingungen bereitgestellt, sondern die einzelnen Belehungsfälle bleiben besonderer Entscheidung vorbehalten. Die Einhaltung der bisher gewährten Bedingungen ist im Hinblick auf die rückläufige Bewegung des Zinsfußes und die erhebliche Steigerung der Beschäftigtenkosten allerdings leider nicht erreichbar gewesen. Die Banken wollen die Möglichkeit haben, die Bedingungen der jeweiligen Lage des Kapitalmarktes anzupassen.

Beratungsstellen für Lehmbaumweise.

Zur Förderung der Lehmbaumweise sind auf Anregung des Ministers für Volkswirtschaft in Preußen Beratungsstellen eingerichtet worden in Berlin, Köslin, Giesleben, Kiel, Münster, Breslau, Sorau, Königsberg, Uchim und Haan (Rüd.). Die Leiter dieser Beratungsstellen über ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Versuche mit besonderen Naturbauverfahren sollen nur auf besonderen Auftrag durchgeführt,

Die Gewerkschaften ihre Entwicklung und ihre Kämpfe

Von Adolf Braun und Hermann Müller

Zwei starke vornehme Halbleinenbände

Ein unentbehrliches Werk für jeden gewerkschaftlich Organisierten, gleich ob Frau oder Mann, insbesondere aber für Vertrauensmänner. Mit je einem Sach-, Berufs-, Orts- und Personenregister, die das Nachschlagen ohne Zeitverlust ermöglichen.

Band 1: „Die Gewerkschaften vor dem Kriege“ von A. Braun ist soeben zum Preise von M. 45. — erschienen.

Der 2. Band folgt in Kürze, worin Reichsarbeitersekretär Hermann Müller die Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege, ihre neuen Probleme und Fragen ausführlich behandelt.

Bestellen Sie sofort mit anhängendem Bestellschein! Die Auflage wird bald vergriffen sein.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Bestellschein

Ich bestelle hiermit bei der
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

Exemplare
Braun-Müller: Die Gewerkschaften.
Preis des 1. Bandes M. 45. —

Lieferung sofort, die des 2. Bandes nach Erscheinen unter Nachnahme.

Vor- u. Zunahme:

Ort u. Datum:

Straße u. Nr.:

Hier abzeichnen und mit 10 Pfennig frankiert im Kuvert einsenden.

deutschen Erzeugnissen überschwenkt werden und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in allen anderen Ländern noch größer werden. Die Erfüllung der Bedingungen werde nur dann möglich sein, wenn man die deutschen Arbeiter zwingen kann, täglich 12—14 Stunden zu arbeiten. Das würde aber veranlassen, daß der Beschluß der Washingtoner Konferenz zur Einführung des Achtstundentages illusorisch gemacht wird. Die genannten Verbände wünschen daher darauf hinzuwirken, daß die Londoner Konferenz alles mögliche tun müsse, um diese drohende Gefahr zu verhindern!

Die deutsche Delegation.

Berlin, 24. Februar. (M.B.) Die zur Londoner Konferenz fahrende deutsche Delegation wird aus dem Reichsminister des Innern Dr. Simons und 7 beigeordneten Delegierten bestehen. Diese sind: vom Auswärtigen Amt die Ministerialdirektoren Dr. Goepfert und v. Simon; vom Reichsfinanzministerium die Staatssekretäre Dr. Schröder und Dr. Bergmann; vom Reichsministerium des Innern Staatssekretär Dr. Lewald; vom Reichswehrministerium General v. Seckl und vom Reichswirtschaftsministerium Ministerialdirektor v. v. Sauer. Außerdem werden die Delegation etwa 25 höhere Beamte der beteiligten Reichsressorts, sowie ein Sondervertreter Preußens und Bayerns begleiten. Das Bureau der Delegation besteht aus etwa 20 Personen.

Das Versteck des Kappisten.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ teilt anlässlich der Ankündigung des neuen Entwaffnungsgesetzes, welches die Forderungen der Pariser Beschlüsse erfüllt, die folgende interessante Einzelheit mit: Es verlautet, daß Kapitänleutnant Eberhardt, der am 9. März 1920 als Einleitung des Kapp-Putsches seine Marinebrigade gegen Berlin geführt hat, und gegen den jetzt ein Haftbefehl erlassen ist, bei dem bayerischen Justizminister Roth, dem bekannten deutschnationalen Führer, Unterschlupf gefunden hat. Eine schließliche Aufklärung dieses seitdem Voranges scheint uns dringend erwünscht. Denn es erscheint kaum glaublich, daß ein Hochverräter, der von dem höchsten Gerichtshof des Reiches freigesprochen wird, bei dem höchsten Justizbeamten eines Landes unterkommen findet. Diese Vorgänge erscheinen besonders auffällig im Zusammenhang mit der Warnung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die Minister Simons im Reichswirtschaftsrat erwähnt hat.

Diebe als Einheitsfrontler.

Die „Kreuz-Zeitung“, das Blatt des preussischen Adels, wagt sich in ihrer Donnerstag-Abendnummer einmal wieder mit ganzem Körper in jenem Element, das den preussischen Junkern am sympathischsten ist. Sie bringt zwei lange und charakteristische Dred-Notizen: die eine ist der Verherrlichung und Verteidigung einer deutschnationalen Rednerin gewidmet, die den Reichspräsidenten Ebert als Landstreicher, Herbediebs, Trunkenbold usw. bezeichnet hat. Die andere aber glorifiziert eine Anzahl Königsberger Räuber, die dem Minister Goenrich in einem Königsberger Lokal u. a. seinen Hut gestohlen und vor dem Lokal einen Kadavertypen haben.

In anderer Stelle wird dann in patriotischem Euforien die Einheitsfront für die Londoner Konferenz gepöbeln und die Deutschnationalen Partei als diejenige bezeichnet, die unter Einanführung jeglichen Parteigegensatzes nur die vaterländische Einheitsfront zu festigen trachte. Man sieht, wie diese Forderung erreicht wird: durch unentwegte Handhabung der Dredfäule gegen Andersdenkende. Die „Kreuz-Zeitung“ sollte schließlich ein Gefühl dafür haben, daß es für unabhängige Menschen nicht ganz leicht ist, sich mit Cassen-ungen und deren Beschützern in eine Einheitsfront zu stellen. Ob dies Gefühl nun Goenrich den Hut stiehlt oder Scheidemann die Wohnung vernagelt oder in Theateraufführungen Striksbomben wirft, es benimmt sich auf jeden Fall mit seinen journalistischen Schülern derartig unanständig und unflug, daß es eine Beleidigung der deutschen Nation wäre, wollte man dieses Gesindel in eine nationale Einheitsfront einreihen. Dort könnte es das deutsche Volk nur heillos kompromittieren.

Verschobene Gewehrschäfte.

Duisburg, 24. Februar. (M.B.) In dem am Duisburger Hafen gelegenen Lager der Allgemeinen Speditionsfirma wurden 30 000 Gewehrschäfte aufgefunden. Am Freitag voriger Woche wurden 10 000 Schäfte in drei Waggons nach Bromberg verladen. Vor ungefähr 14 Tagen ging eine Schiffsladung mit Gewehrschäften nach Holland. Diese waren in der Obhut der Eisenbahnschiffahrt bezeugt. In Wesel wurde die Schiffsladung bei Revision des Schiffes durch Belgier entdeckt, worauf die Verbringung der Gewehrschäfte angeordnet wurde.

Ententerecht in Deutschland.

Deuthen (O.-S.), 24. Februar. (M.B.) Morgens fünf Uhr holten ein französischer Offizier und mehrere Soldaten den des Mordes an Theophil Rupia angeklagten Schlosser Wregeil aus dem Gefängnis. Hierdurch ist der Angeklagte der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen worden; er soll angeblich vor das internationale Militärgericht kommen. Die Gerichtsbehörde protestiert energisch gegen dieses rechtlich unbegründete Vorgehen und behält sich vor, ihre Stellungnahme demnächst der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Das gegen das gestenbe Recht verstoßende Vorgehen der Interalliierten Kommission ähnelt in gewisser Weise dem Verfahren im Nordprozeß Jaurès, wo die Verhandlung hinausgeschoben wurde, bis die politische Wirkung verblüht war und der Täter einer verhältnismäßig geringen Strafe zugeführt wurde.

Deuthen, 24. Februar. (M.B.) Trotzdem weder der Angeklagte noch die Akten vorhanden waren, beschloß das Schwurgericht, in die Verhandlung einzutreten. Staatsanwaltschaft Laugab eine Erklärung ab, die in einer Rechtsverwahrung gegenüber dem Vorgehen der Interalliierten Kommission gipfelte. Danach verteidigte Rechtsanwalt Werner die Maßnahmen der Kommission, die unparteiische Rechtsprechung sichern wollte. Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, den Prozeß zu vertagen. Der Angeklagte Schlosser Heinrich Wregeil aus Scharles war seit dem Sommer vorigen Jahres bis zu seiner am 24. November erfolgten Verhaftung im polnischen Konsulatskommissariat im Hotel Dominy in Deuthen gegen Entgelt als Mitarbeiter tätig.

Mainz, 24. Februar. (M.B.) Die Interalliierte Rheinlandkommission hat der Ernennung des Herrn Tilsen zum deutschen Postkontrollleur die Bestätigung verweigert, weil er als ehemaliger Offizier der Sicherheitspolizei angeblich keine genügenden Garantien für die Sicherung der Befehlstruppen bietet. — Die Interalliierte Kommission hat die Vorführung von Filmen in zwei Sprachen angeordnet, um den Befehlstruppen die Teilnahme an den kinematographischen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Ein roter Provinziallandtag.

Nach den vorliegenden Ergebnissen haben die Wahlen zum Provinziallandtag der Provinz Sachsen eine sozialistische Mehrheit ergeben. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die endgültige Feststellung noch Verschiebungen in den Mandatszahlen bringt.

Es können als gewählt gelten: 1. Im Bezirk Magdeburg: S.P.D. 18, U.S.P. 3, Kommunisten 2, Demokraten 3, Zentrum 1, Deutsche Volkspartei 7, Deutschnationaler Volkspartei 8, 2. Im Regierungsbezirk Merseburg: S.P.D. 5, U.S.P. 3, Kommunisten 13, Demokraten 5, Deutsche Volkspartei 6, Deutschnationaler Volkspartei 11, 3. Im Regierungsbezirk Erfurt: S.P.D. 2, U.S.P. 4, Kommunisten 2, Demokraten 1, Zentrum 3, Deutsche Volkspartei 3, Deutschnationaler Volkspartei 2, Landbund 2.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis zum Rheinischen Provinziallandtag zeigt folgendes Bild. Regierungsbezirk Düsseldorf: Deutschnationaler 10, Deutsche Volkspartei 12, Zentrum 30, Demokraten 3, Sozialdemokraten 12, Unabhängige 6, Kommunisten 11. Regierungsbezirk Köln: Deutschnationaler 2, Deutsche Volkspartei 3, Zentrum 15, Demokraten 1, Sozialdemokraten 8, Unabhängige 9, Kommunisten 2. Regierungsbezirk Koblenz: Deutschnationaler 2, Deutsche Volkspartei 3, Zentrum 4, Demokraten 1, Sozialdemokraten 3, Unabhängige 9, Kommunisten 9. Regierungsbezirk Aachen: Deutschnationaler 0, Deutsche Volkspartei 1, Zentrum 11, Demokraten 0, Sozialdemokraten 2, Unabhängige 0, Kommunisten 1. Regierungsbezirk Trier: Arbeitergemeinschaft (Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationaler) 1, Zentrum 8, Sozialdemokraten 1, Christliche Volkspartei 1, Unabhängige 0, Kommunisten 0, zusammen 159 Sitze.

Ein politischer Prozeß.

Braunschweig, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Braunschweig wurde heute das Urteil gegen den sozialdemokratischen Landesschulrat Stoelzel gefällt. Seit Mitte voriger Woche dauert dieser politische Prozeß, der zur Sprengung des sozialdemokratischen Landesschulrates führen sollte. Auf Antrag des Philologen-Bereins hatte die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Auslagen-Erpressung in 2 Fällen und Amtsmißbrauch erhoben. Der Antrag des Staatsanwaltes ging auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus. Das Urteil ließ die Anklage wegen Auslagen-Erpressung fallen und verurteilte Stoelzel nur wegen Amtsmißbrauches zu zwei Monaten Gefängnis.

Im Verlaufe des Prozesses offenbarte sich die ganze systematische Art und Weise, wie vom reaktionären Philologen-Berein, nachdem keine politische Hege gegen den sozialdemokratischen Landesschulrat nicht zum Ziele geführt hatte, versucht wurde, durch das Mittel der Justiz zum Ziele zu kommen. Alle Entlastungsmomente wurden möglichst nebenläufig beurteilt. Als Einzelheit für die beispiellose Hege sei erwähnt, daß ein Professor und Oberlehrer, der sich zur Mitarbeit mit unserem Genossen Stoelzel bereit erklärt hatte, sofort aus dem Philologen-Berein und aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen wurde. Einer der Hauptbelastungszeugen, der Schuldredner Müller aus Wilmsdorf ist ein bekannter fanatischer Antisemit, der wegen monarchistischer Schulfelern und heftiger Reden in der Schule von unserem Genossen Haenisch schon in Ordnungstrafe genommen war. Es zeigt sich, daß zum Zwecke des Sturzes unseres Genossen Stoelzel alle Philologen, mit denen er zu tun gehabt hat, ihre Amtsschwiegerei gebracht haben. Die schwierigste Rolle spielte ein Sekretär im Ministerium, der dem Genossen Stoelzel zur Hilfestellung zugegeben war und das dazu benutzte, um dem Philologen-Berein Material gegen den Genossen Stoelzel zu liefern. Bezeichnend für die ganze Art, wie gegen den Genossen Stoelzel gearbeitet wurde, sind die Schlussätze des Verteidigers Dr. Robert. Er sagte: „Ich habe einen Ekkel, wie hier von einer Partei gegen einen Mann gearbeitet wurde, nur um einen Sozialisten und die sozialistische Regierung zu treffen. Der Landesschulrat Stoelzel mußte gestürzt werden, um dem parteipolitischen Plan des Philologen-Bereins zum Siege zu verhelfen. Es war schließlich zu beobachten, wie hier auf den Zeugen- und Zuschauerbänken die Treiber häßlich geseht haben, um zu sehen, wie hier ihr Opfer abgeschlachtet wird.“

In Braunschweig herrscht seit größter Empörung über das Urteil. Man erwartet von der sozialistischen Regierung, daß sie dem reaktionären Philologen-Berein und der gesamten Meute, die den Genossen Stoelzel gestürzt hat, nicht den Gefallen tun wird, den Genossen Stoelzel auf Grund dieses Urteils der bürgerlichen Klassenjustiz von seinem Amt zu entfernen.

Du sollst betrogen werden!

„Preussisches Volk, du sollst betrogen werden!“, so ist ein Epigramm der „Deutschen Tageszeitung“ überschrieben, als dessen Verfasser Freiherr v. Wangenheim zeichnet. Es ist nicht alltäglich, daß ein Aristokrat durch die Ueberschrift den Zweck seiner Schreibung so deutlich kennzeichnet, wie das Freiherr v. Wangenheim hier tut.

Auf welche Weise soll das deutsche Volk betrogen werden? Herr v. Wangenheim sagt es sehr deutlich. Weil bei den Wahlen von mehr als 16 Millionen Wählern 2,8 Millionen deutschnational gewählt haben, darum muß nach Freiherrn v. Wangenheim künftig in Preußen deutschnational registriert werden. Die 4,2 Millionen sozialdemokratische Stimmen zählen nicht, denn 2 ist doch mehr als 4! Dies drückt Freiherr v. Wangenheim in dem Satz aus:

Niemand kann und wird heute daran denken, dem Arbeiter sein volles Recht! Maß von Rechten zu verlegen.

Er denkt nicht daran! Wie sollte er auch daran denken? Er ist doch derselbe Freiherr v. Wangenheim, der als Führer des Bundes der Landwirte jahrelang dafür gekämpft hat, die Rechtlosigkeit der Landarbeiter zu verewigen, die Aufhebung der insamen hundertjährigen Gesindeordnung zu verhindern. Folglich denkt er jetzt nicht daran, dem Arbeiter sein „voll gerütteltes Maß von Rechten“ zu versorgen.

Deutsches Volk, du sollst betrogen werden! Herr v. Wangenheim versteht es dir, du darfst ihm in diesem Falle ruhig glauben. Du sollst betrogen werden — von den Gesinnungsgenossen des Freiherrn v. Wangenheim!

Passierscheine für Oberschlesien.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier teilen mit: Die Interalliierte Kommission erteilt auf Antrag Passierscheine an gewisse Stimmberechtigte der Kategorie A und C von den paritätischen Ausschüssen. Die Passierscheine haben den Zweck, die wegen Abwesenheit von Oberschlesien nicht empfangenen Legitimationskarten (das scheint verflucht häufig der Fall zu sein. Red.) zu ersetzen und dienen zur Einreise nach Oberschlesien und auch als Wahlkarte. Solche Passierscheine müssen beantragt werden: 1. von Stimmberechtigten der Kategorie A und C, die nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstammungsgebiet verzogen sind, 2. von Stimmberechtigten der Kategorie A, die ihrer Wohnsitz im Abstammungsgebiet haben, sich aber vorübergehend außerhalb des Abstammungsgebietes aufhalten. Für diese letzteren ist es ohne Belang, seit welchem Zeitpunkt sie sich außerhalb des Abstammungsgebietes aufhalten. Es ge-

hört hierzu z. B. Studierende, die zur Universität gezogen, Geschäftsfreisende, junge Kaufleute, die eine Handelschule besuchen, junge Mädchen, die in ein Pensionat oder in einer Familie an einem fremden Ort eingetreten sind, Saisonarbeiter u. a. m.

Der Antrag auf Ueberreichung dieses Passierscheins muß sofort auf vorgeschriebenem Formular erfolgen, wie sie bei allen Ortsgruppen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die Orientkonferenz.

London, 24. Februar. (E.C.) Die heutige Sitzung begann, da Temoft Pascha bedrohlich ist, mit einer Rede Osman Mami Paschas. Er sprach über Smyrna und Thrazien. Die Dardanellen-Frage kam nicht zur Sprache. Um 11 Uhr 50 Minuten verließ die türkische Abordnung den Sitzungssaal. Um 1 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen, nachdem Kalageropoulos die von der türkischen Abordnung vorgelegten Bevölkerungsstatistiken zur Kenntnis genommen hatte. Kalageropoulos wurde eingeladen, am Nachmittag jene Ziffern bekanntzugeben, die er für richtig hält. Die von der Türkei vorgelegten Statistiken über Thrazien, die Europäische und Asiatische Türkei haben vollkommen französischen Ursprung (?).

Die Wiener Konferenz.

Wien, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute sprach zunächst (Bannerträger) Crispian. Er führte aus, die Spaltung der alten deutschen Sozialdemokratie sei die Schuld der Reformsozialisten. Während des Krieges seien von den führenden Anführern Genossen, die gegen die Kriegspolitik auftraten, ausgeschlossen worden. In Moskau hätte die U.S.P. nicht gebittelt, sondern man habe

als aufrechte Klassenkämpfer

mit Moskau verhandelt. Der Zustand der Diktatur könne dem Proletariat nicht erspart werden, er sei in der Zeit des Ueberganges eine historische Notwendigkeit und der Ausdruck dessen, daß die Arbeiterklasse die Macht übernommen habe. Wir verstehen

unter der Diktatur eine Regierung

aus bewußten Sozialisten, die die Gewalt ausüben im Auftrage des Proletariats, wenn auch unter Umständen nur im Auftrage der entscheidenden Schichten des Proletariats. Diktatur bedeutet keine Schreckensherrschaft, keine terroristische Regierung, sondern eine planmäßige Betätigung, um die klassenfreie Gesellschaft zu erreichen. Deshalb sind wir keine Gegner der Demokratie; Demokratie kann im Klassenkampf immer nur eine Fortschrittserklärung des Kapitalismus sein, und sie kann erst verwirklicht werden, wenn die klassenbewußte Gesellschaft einmüßig ist. Deshalb wird die Diktatur des Proletariats mit dem Fortschreiten der Verwirklichung des Sozialismus sich allmählich in eine Demokratie umwandeln. (Einzelne — andererseits! Red.)

Schinwell (Independent Labour Party): Die Kapitalisten haben nicht mehr notwendig, die Arbeiterklasse zu spalten,

die Arbeiterklasse befürchtet schon selbst. Gewiß ist die Zweite Internationale daran zu Grunde gegangen, daß ihre Bearbeiter nicht voraussehen vermochten, wozu der Kapitalismus die Menschheit führen werde. Unsere Partei wünscht kein Urteil über Rußland zu fällen. Sie hat ihre eigenen Ansichten über die russischen Organisationsmethoden und Theorien. Aber solange die kapitalistischen Regierungen das russische Volk nicht zu sich selbst kommen lassen, haben wir über Rußland nichts zu sagen, als daß

die Russen selbst entscheiden müssen,

wie sie es machen wollen. Hände weg von Rußland! Wenn wir ansetzen sind, so müssen wir bekennen, daß wir selbst daran schuld sind; wir selbst haben

allen Theorien von Moskau ein Ohr geliehen und die Genossen ermutigt, einen Pfennig von Wahrheit darin zu sehen. Wir sind bereit, uns den Prinzipien zu unterwerfen, die diese Konferenz aufstellen wird, aber unsere Kampfmethoden und Organisationsformen müssen wir den konkreten Bedingungen unseres Landes anpassen.

Russi (Ungarische Flüchtlinge): Die ungarische Sozialdemokratie stand vor der Wahl, entweder mit der Waffe gegen einen Teil des Proletariats zu kämpfen oder mit ihm zusammenzugehen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß der Wille zur Revolution und zu einer bestimmten Organisationsform an sich nicht genügt, wenn die objektiven Vorbedingungen zur Revolution fehlen. Die Marginalen müssen den

politischen Jesuitismus ablehnen,

der darin liegt, zu glauben, daß gewisse politische Formen die soziale Revolution an sich bewirken können! Die Uebertragung der bolschewistischen Methoden auf Westeuropa ist nach unseren Erfahrungen unmöglich. Die Industriearbeiter haben sich schon nach wenigen Wochen

gegen die Diktatur

aufgelehnt — und das in Ungarn, wo man an die Diktatur schon seit jeher gewöhnt ist; wie erst in einem demokratischen europäischen Staat!

Sozialdebatte im Reichstag.

In der gestrigen Reichstagsitzung wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Höring (Sog.) in einer Privatklage des Obersten der Schutzpolizei Weber in Eisenach wegen Beleidigung nach dem Antrag des Geschäftsausschusses verweigert. Es erfolgt dann die Wahl von 4 Schriftführern durch Stimmentel. Es folgt der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Präsident Ebert bittet die Redner, sich kurz zu fassen. Abg. Leopold (Dnat.) wendet sich gegen den Achtstundentag und bezeichnet die Erwerbslosenunterstützung als „Teilweise viel zu hoch!“

Abg. Andre (S.) erklärt, die Arbeiterklasse sei bereit, an der Erfüllung der Verfallbedingung zu arbeiten, doch sie wolle freibleiben und nicht zum Sklaven der Entente werden. Die Arbeiter der freien Gewerkschaften seien durch den politischen Streik gelähmt, der in sie hineingetragen wurde. Die Arbeitsvermittlungen müssen von der bürokratischen Schablone möglichst freibleiben.

Vizepräsident Bass gibt das Ergebnis der Schriftführerwahl bekannt. Gewählt sind: Schmidt-Sachsen (Sog.), Raden (S.), Graf-Thüringen (Dnat.), Dierenteller (Bayer. Sp.).

Abg. Simon (U. Sog.) verlangt ein einheitliches Arbeitsrecht. Die Arbeiter aller Richtungen bis zu den Christlichen sind sich darin einig, daß sie am Achtstundentag nicht rütteln lassen. Schlenker aufzuheben ist die Bestimmung, daß nach halbjähriger Arbeitslosigkeit keine Unterstützung mehr gewährt wird. Denn bleibt dem Arbeitslosen ja nur übrig, zu verhungern oder Verbrecher zu werden. Der Redner wendet sich sehr energisch gegen die Heimarbeit. Wenn von der rechten Seite so viel vom Terror der Gewerkschaften gesprochen wird, so sollte man den

Terror der gelben Gewerkschaften

und der Unternehmern nicht verpassen. Im ganzen muß man sagen, daß die Klassengegnerschaft seit dem Kriege nicht gemildert, sondern verschärft haben.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung, Verkehrsministerium.

Die Entwaffnungsfrage im Reichsrat. In der gestrigen Reichstagsitzung wurde die Ausdehnung der Entwaffnungsdauer des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung bis zum 1. Juli d. S. angenommen. Der bayerische Senator v. Greger erklärte, daß Bayern unbeschadet seiner Stellungnahme zu dem Entwaffnungsgesetz und dem Problem der Entwaffnung selbst gegen die Verlängerung des Termins keinen Einspruch erhebe.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftsarbeit oder Parteipolitik?

In der Abendausgabe der „Roten Fahne“ vom 23. Februar 1921 finden wir unter der Überschrift: „Die Front gegen die D.E.B.-Bureaucratie“, zu der wir folgendes mitteilen:

Die Zahlstelle Spandau-Bufertmarkt des D.E.B. zählt circa 650 Mitglieder. Von diesen waren in der genannten Generalversammlung 69 anwesend. Der Zahlstellenobmann Kollege Klein gab seinen Tätigkeitsbericht. Die Diskussion ergab, daß die gewerkschaftliche Arbeit des Kollegen Klein äußerst groß und fruchtbringend gewesen ist und daß derselbe seine Pflicht voll und ganz im Interesse seiner Kollegen getan hat. Das haben auch die auf dem Boden der B.R.P.D. stehenden Kollegen einstimmig anerkannt. Bei der Wahl aber ist deutlich zum Ausdruck gebracht worden, Klein kann nicht mehr als Zahlstellenobmann gewählt werden, weil er nicht auf Moskau schwört. Ist das nicht Parteipolitik, die immer von Seiten der Anhänger der B.R.P.D. bestritten wird, ist das nicht Sabotage gewerkschaftlicher Arbeit, wenn man befähigte Kollegen mit solchen Argumenten abtut? Es ist einfach die trostlose Auswirkung des bekannten Spruches: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“

Nun jubelt die „Rote Fahne“ über die Niederlage der Bureaucratie des D.E.B. Was ihre Genossen aber tun, ist alles andere als vernünftige und praktische Gewerkschaftsarbeit. Auf der einen Seite verlangt man aus rein agitatorischen Gründen die Einheitsfront aller Arbeiter und auf der anderen sucht man wirklich zielbewusste Arbeiter und Funktionäre unmöglich zu machen. Das ist aber beiseite keine Hemmung und Zersplitterung gewerkschaftlicher Arbeit. Daß durch diese Art ihres Vorgehens die Reaktion den Vorteil hat, werden jedenfalls unsere Eisenbahner in nächster Zeit verspüren und die, welche nach Moskau nachlaufen, werden eines Tages aus ihrem Rausch erwachen. Nicht um das Wohl und Behe der Eisenbahner, sondern um ihre Parteifuppe gut auf den Tisch zu bringen, wendet die B.R.P.D. ihre Methoden an.

Nichtig ist, daß eine eingebrachte Resolution über den „Offenen Brief“ gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Man verschweigt oder mahnweltlich, daß nur 13 dafür gestimmt haben, während der übrige Teil schon den Saal verlassen hatte und einkniete sich nicht an der Abstimmung beteiligt haben. Wie solche Stege zustande kommen und in die Welt hinausposaunt werden, ist ja hinlänglich bekannt. Wenn Zusammenkünfte von 10 bis 20 Personen eine Resolution gefaßt haben im Sinne Moskaus, dann werden diese Zirkelchen als große Versammlungen hingestellt und so der Allgemeinheit Sand in die Augen gestreut. Nur weiter so und der Erfolg der Politik eines Ludendorff und Hindenburg wird auch ein für die B.R.P.D. beschieden sein.

Im übrigen ist bei der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ein Vertreter Glaser vom Hauptvorstand nicht bekannt.

Gegen das Sperrgesetz.

Die Angestellten der Krankenkassen Groß-Berlins hatten sich am Donnerstag zu Tausenden in der Buchdruckerei versammelt, um nach einmal Sturm zu laufen gegen die Verfügung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 23. Januar 1921, die auf die Krankenkassenangestellten das Sperrgesetz für Reichs- und Staatsbeamte vom 24. Dezember 1920 anzuwenden will.

Nachdem berichtet eingehend über die Verhandlungen mit den Ministern, die im Verfolg früher gefaßter Beschlüsse stattgefunden haben. Bismarck stellte er fest, daß die seit der letzten Versammlung vorgenommene Abstimmung glänzend ausgefallen sei und daß mit dem Krankenkassenverband in Groß-Berlin ein gemeinsames Vorgehen in der Angelegenheit gesichert sei. Stegerwald, mit dem zuerst verhandelt wurde, lehnte es ab, die Verfügung zurückzunehmen oder im Infanzwege ihre Anwendung zu verhindern. Immerhin habe er zugegeben, daß man über Lenor und Text des Sperrgesetzes verschiedener Meinung sein könne. Schließlich verweist er auf das Reichsarbeitsministerium als eigentlichen Veranlasser. Wenn dieses seine Auffassung als falsch bezeichnen würde, würde er seine Verfügung zurückziehen. Nun habe sich nun an das Reichsarbeitsministerium gewandt, wo nach Besprechungen vom Ministerialdirektor Siefert erklärt worden sei, man sei im Reichsarbeitsministerium, gestützt auf den Finanzminister Birck, zu der Meinung gekommen, das Sperrgesetz müßte auch auf die Angestellten in den öffentlich-rechtlichen Versicherungen angewendet werden, um dem ewigen Wettlauf beim Aufstellen von Forderungen ein für allemal vorzubeugen. Im übrigen wäre aber, sagte der Ministerialdirektor noch, von Reich wegen noch keine endgültige Regelung getroffen; auslaagend wäre überhaupt das Finanzministerium. Durch den Genossen Steinkopf sei nun ausdrücklich erklärt worden, daß die Krankenkassenangestellten vom Sperrgesetz nicht erfasst werden können. Und heute werde gemeldet, daß dem Kollegen Siebel bei einer Rücksprache im Finanzministerium gesagt worden sei, man sei dort derselben Meinung und nähme an, daß vom Kassenpersonal höchstens diejenigen als Beamte gelten könnten, die lebenslanglich angestellt seien und denen auch sonst die Merkmale eines Beamten ausdrücklich beigelegt worden wären.

Um weiteren Verhandlungen einen geeigneten Boden zu geben, hat die Vertreterkörperschaft der Angestellten beschlossen, einer Anregung des Ministerialdirektors Siefert gemäß, die Auffassung der Angestellten eingehend schriftlich zu fixieren und den verschiedenen beteiligten Ministern zugehen zu lassen. So stehe die Sache jetzt. Es wäre mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Verfügung des Wohlfahrtsministers fallen wird. Dafür bürgten ja die Vertreter, die in der Kommission sitzen. Die Bewegung werde geführt durch die IFA, den Gewerkschaftsbund, den Hauptvorstand, und auch der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen (Dresden) habe sich angeschlossen.

Ohne Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Sektionsleitung hat die Verhandlungen zwecks Rücknahme der Anwendung des Sperrgesetzes auf die Krankenkassenangestellten

Oberschlesier,

die nach dem 1. Oktober 1920 ins Reich verzogen, die nur vorübergehend sich außerhalb Oberschlesiens aufhalten,

Ihr braucht Passierscheine!

1. In Oberschlesien geborene und dort bis 1. Oktober 1920 wohnhaft gewesene Stimmberechtigte (Kategorie A) und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstammungsberechtigte, die seit 1. Januar 1904, oder seit einem früheren Zeitpunkt bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben und nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstammungsgebiet verzogen sind (Kategorie C),
2. alle Stimmberechtigten der Kategorie A, die noch heute im Abstammungsgebiet ihren ständigen Wohnsitz haben, z. B. aber sich außerhalb des Abstammungsgebietes aufhalten (z. B. Studierende, Geschäftsreisende, Saisonarbeiter usw.),

müssen zur Einreise zur Abstimmung Passierscheine haben, die zugleich als Stimmkarte dienen. Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgeschriebenem Muster hin ausgeben. Das Gesuch muß spätestens am 2. März 1921 beim Paritätischen Ausschuss eingetroffen sein. Formulare hierzu und Beratung erteilt jede Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier

schleunigstens zu Ende zu führen. Eine Verschleppung der Verhandlungen seitens des Ministers oder Zwangsmassnahmen der Regierung sind sofort mit dem Streit zu beantworten.“

Zwei bemerkenswerte Betriebsratswahlen.

Bei den Deutschen Telephonwerken, Zeughofstraße, fand am Dienstag die Wahl des Arbeiterrates statt. Zur Wahl standen eine S.P.D. und eine K.P.D.-Liste. Die Unabhängigen beschlossen zum Teil Wahlenthaltung, zum Teil Unterstützung der K.P.D. Abgegeben wurden für die Liste der K.P.D. 674 Stimmen — 6 Sätze, für die Liste der S.P.D. 453 Stimmen — 4 Sätze. Der Stimmzettel hatten sich 248 Wahlberechtigte.

Die U.S.B. mag ruhig schlafen. Der Kampf für Amsterdm wird ausgekämpft, die „Reformisten“ schaffen es auch allein und fühlen sich dabei ganz wohl.

Am Mittwoch fand bei A. Loewe u. Co. als Nachspiel der letzten Aussperrung die Wahl des Betriebsrates statt. Aufgestellt waren je eine Liste der S.P.D., U.S.B. und K.P.D. Es ergaben: S.P.D. 723 Stimmen (4 Vertreter), U.S.B. 272 Stimmen (1 Vertreter), K.P.D. 983 Stimmen (6 Vertreter). Von den Angestellten wurden 4 K.P.D.-Vertreter gewählt.

In beiden Fällen zeigen die Wahlen, daß die Arbeit unserer Genossen in den Betrieben rstig vorwärts schreitet.

Arbeitslosenratswahlen und Arbeitslosenrte.

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung macht nochmals darauf aufmerksam, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen ihre Arbeitslosenrte bereits gewählt haben. Mit den von anderer Seite geplanten Wahlen von Arbeitslosenrten haben wir nichts zu tun, sie sind lediglich für die Unorganisierten anberaumt.

Von Seiten des Magistrats wird nun mitgeteilt, daß der Hauptausschuß der Gewerkschaften für die Arbeitslosen in seiner Sitzung am Sonnabend, den 26. Februar, sich mit der Anerkennung der von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen gewählten Arbeitslosenrte befaßt haben. Es ist damit zu rechnen, daß der Hauptausschuß zu dem Beschluß kommen wird, diese Arbeitslosenrte anerkennen und umgehend in Funktion treten lassen wird.

Weitere Mitteilungen bezüglich Berufung der gewählten Arbeitslosenrte erfolgen an die Gewerkschaftsvorstnde.

Zuckerbrot und Peitsche.

Donnerstag begann in Warschau ein Streik der Lokomotivführer. Auf Anordnung der Behörden wurden die Streikenden durch Spezialkräfte ersetzt. Ein Teil der Lokomotivführer wurde, nach einer II.-Reidung, arretiert und gewaltsam

auf die Lokomotiven gebracht. Der Staatspräsident hat ein Dekret erlassen, das alle Eisenbahnbetriebe unter Kriegsrecht stellt. Der Eisenbahnminister hat beschloßen, den Eisenbahnern von der 15. bis zur 5. Gehaltsstufe einen Vorschub in Form einer Anleihe zu gewähren, und zwar den Bediensteten 2000 M., den Verheirateten 3000 M., jedoch sollen diese Anleihen nur diejenigen Beamten erhalten, die in der letzten Zeit nie gestreikt haben.

Glaubt man etwa auf diese nicht neue Art die Arbeiter zu willfährigen Dienern des Kapitals zu machen und von der Erklmpfung ihrer Forderungen abzuhalten? Man wird auch im „freien“ Polen mit dieser Politik Flasche erleiden, früher als die Gewalthaber sich träumen lassen!

Betriebsräte der Untergruppe Eisenbahn!

Sonntag 9 Uhr Vollversammlung aller im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Betriebsräte im Königshof-Kaffee, Holzmarktstr. 72, 1. Et. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der neuesten Verfügung der Eisenbahn-Direktion. Referent: Kollege Hfelfter. 2. Wahl der Delegierten zum Zentral-Grupperrat und zur Generalversammlung.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges und punktliches Erscheinen aller Kollegen. Mitgliedsbuch und Betriebsratsausweis legitimiert.

Die örtliche Betriebsrteverwaltung des D. E. V.
J. A. Potyla.

Buchbinder und Buchbinderinnen in Buchdruckerien!
Am 22. Februar wurde mit dem D.E.B. die Vereinbarung getroffen, wonach fringem die Zusage der Buchdrucker auch für das Buchbinderpersonal volle Anwendung findet, für alle über 21 Jahre alten Gehilfen 65 M. pro Monat, für Spezialarbeiterinnen 35,75 M. pro Monat, für Tischarbeiterinnen 32,50 M. pro Monat, erstmalig zahlbar in dieser Lohnwoche. Gedruckte Formulare sind auf dem Bureau erhältlich. Die Leitung der Buchbinderbranche.

Buchbinderverband, Ortsverwaltung Berlin. Einzelmitglieder und Kleinbetriebe bis zu 4 Mitgliedern werden hierdurch ersucht, zu der am Sonntag, 11. Uhr, in Graumanns Festhlen, Raunungsstrae 27, stattfindenden Bahloversammlung zu erscheinen. Es sollen die Delegierten zur Generalversammlung gewählt werden. Kolleginnen und Kollegen, erscheint unbedingt in der Versammlung. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Maschinenarbeiter, Schnelbmrter Sonntag 9 Uhr in der „Königshof“, Große Franziskaner Str. 117, außerordentliche Brancherversammlung.

Deutscher Werksmeisterverband, Berlin 17. Heute 5 Uhr außerordentliche Generalversammlung im „Alexandiner“. Abhandlung des Tarifvertrages.

Deutscher Transportarbeiterverband. Handelsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Transportbranche und des Schnellpost-Bereiches: Heute 7 Uhr bei Mitte, Poststr. 29, Gruppenversammlung.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, veranstaltet für seine Funktionäre heute 7 1/2 Uhr in den Sophien-Slen, Sophienstr. 17/18, eine Versammlung. Genosse Kellert spricht über „Wahlentscheidung und Betriebsratswahl“. Einlaß nur gegen Vorweisung des Funktionrsausweises und des Mitgliedsbuches des Z. V. A.

Aus der Partei.

In der Hochburg der Antisemiten.

Der Kreis Hersfeld ist einer jener Kreise, der 27 Jahre eine Hochburg der Antisemiten gewesen ist. Er wurde in Verbindung mit den Kreisen Hnsfeld-Rotenburg während langer Zeit vom Antisemiten Berner in deutschen Reichstag vertreten. 1912 kam unser Genosse Schnabrich in Stichwahl, das war für den ersten Anlauf ein guter Erfolg. Nach der Revolution erwachte auch hier die Arbeiterschaft und das Kleinbuerntum. Schon bei der letzten Reichstagswahl erreichten unsere Genossen im Kreise Hersfeld fast die Mehrheit über alle Parteien. Jetzt bei den Preuenwahlen hat unsere Partei alle Parteien überholt vom Kommunisten bis zu den Deutschnationalen. Unsere Partei erlangte bei der Kreiswahl 9710 Stimmen und damit die Mehrheit im Kreistag. Im Kreise Rotenburg gewinnen unsere Genossen 4 Sätze und sind damit die stärkste Partei im Kreistag, da sie die Hälfte aller Sätze gewonnen haben. Auch im Kreise Hnsfeld hat sich die Sozialdemokratie glänzend behauptet und gewinnt 2 Sätze, obwohl dort von Zentrumsfanatikern selbst wieder zu dem Mittel, die Versammlungsstze abzutreiben, gegriffen wurde. Die Kreise Rotenburg und Hersfeld erhalten jetzt sozialdemokratische Landräte. Im Kreise Hersfeld erscheint eine eigene Zeitung, die „Hersfelder Volksstimme“, und die Parteiorganisation ist auf rund 4000 Mitglieder gestiegen.

Genossen, für den redakt. Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glde, Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Sänger u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. **Ostern 1. Beilage.**



General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114.
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4946 und 4947.

Herrenkleidung

neuster Mode

Anfertigung nach Maß und fertige Kleidung

• Eigene Werkstätten •

Frhjahrsjacketts, maverge, auf Taille gearbeitet, mit Halskragen M. 950, 900, 750,	600
Sportjacketts, aus Covercoat, in verschiedenen Qualitäten und Ausführungen, mit Blenden	800
Schlpfer, in englischen Mustern, mit hochgestelltem Kragen und belisttem Krmel, mit	750
verdeckter Leiste oder aus Durchknpfen M. 1000, 950, 900, 800,	
Raglan, aus Diagonal-Obervlies in verschiedenen Farbenstellungen, kurz gehalten und ohne	600
Ort M. 950, 900, 750,	
Gummimnnei, in sehr guten Qualitäten, glatt, geköpft, Covercoat oder Double, in mannig-	350
faltigen Ausführungen M. 900, 750, 600, 550, 450, 370	
Cutaway, und Weste in maverge und schwarz, ganz modern gearbeitet, aus nur guten Stoffen	550
. M. 1000, 900, 800,	

Gute Herrensocken 5.75 • Stollverkauf an Schneider und Private

BaerSohn

Nur eine Verkaufsstelle Keine Fllalen mehr

Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Kreuzfchse 250 M.

Schulhefte

Schneewees, holzfreies, glattes Papier, 32 Seiten stark, mit Lschblatt, 1 Stück 1 M., bei 10 Stück

90

HERMANN A. WEBER
CHARLOTTENBURG, BERLINER STR. 124

Wohnungs-Austausch

Spekulation (seit 1897) Lagerhaus 173.99

A. SCHAFER

Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 36
Langjährige bewährte Vertretungen in ganz Deutschland

Alaska, Blau-, Zobel-, Silber- und Wefchse, Damen-Pelzmntel, Herren-Geh- und Sportplze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ulster, früher bis 1200 Mark, jetzt 350 bis 450 Mark. Keine Lombardware! Größtes Haus dieser Art

Leihhaus, Moritzpl. 58a

Französischer Prunier, Derby, Pelisson-